

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verantwortl. Redakteur: Tagesblatt Riesa.
General Nr. 20.

Postfachkonto: Leipzig 21808.
Postamt Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 52.

Dienstag, 4. März 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.00 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundzeile (7 Zeilen) 20 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zelttauglicher und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beste Tarife. Gemüthlicher Rabatt erlitten, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in irgend welcher Hinsicht Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Geschichte an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Wintzsch, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Schlachtvieh vom 1. Februar 1919 — Nr. 32 der Sächsischen Staatszeitung — wird wie folgt geändert:
§ 25 Abs. 1 der Verordnung erhält folgende Fassung:
Auf der Sammelstelle findet für Rinder und Schafe eine Nachprüfung des Gewichtes durch einen vereidigten Wäger, eine solche der Wertklasse und des gezahlten Preises durch einen von der Landesfleischstelle ernannten unparteiischen Ausschuss statt. Der Ausschuss hat auch bei Streitigkeiten, die bei der Ablieferung von Schweinen und Rälbern entstehen, endgültig zu entscheiden.
Dresden, am 27. Februar 1919.
Wirtschafts-Ministerium.
Landeslebensmittelamt.

Aufhebung der Bewirtschaftung von Runkelrüben.
Gemäß Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 27. Februar 1919 wird hiermit die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 30. September 1918 — Sächs. Staatszeitung vom 1. 10. 18 — über die Bewirtschaftung von Runkelrüben aufgehoben.
Dresden, am 1. März 1919.
Wirtschafts-Ministerium.
Landeslebensmittelamt.

Freitag, den 7. März 1919, abends 8 Uhr öffentliche Sitzung des Gemeinderates im Rathaus Walfisch. Tagesordnung hängt im Gemeindeamt öffentlich aus.
Weißa, am 3. März 1919.
Der Gemeindevorstand.

Der Streik.

Die Kämpfe in Halle.

Ueber die Vorgänge in Halle veröffentlicht die „Leipziger Volkszeitung“, die von gestern ab keine regelmäßige Ausgabe mehr hat, sondern nur noch ein zweifelhaftes Nachrichtenblatt herausgibt, eine längere Darstellung, der wir folgendes entnehmen: Am Sonntag 2 Uhr mittags rückten Regimentsgruppen in Trüben von vier Kompanien unter Führung des Generalmajors Märker von Merseburg in Halle ein. Sie besetzten die Artilleriekaserne und den Bahnhof, bemächtigten sich dann der Post und drangen bis zum Marktplatz vor. Als dort ein größerer Trupp den Versuch machte, die rote Fahne vom Rathaus herunterzuholen, stürzte sich eine erregte Menge auf die Soldaten, entzogen ihnen die Gewehre und warf die Maschinengewehre in die Saale. Ein Kraftwagen mit zwei Offizieren wurde umgestürzt und der eine Offizier in die Saale geworfen, wo er ertrank. Bestimmte Teile wurden am Sonntag tagsüber und in der Nacht zum Montag gefeuert, die sich namentlich zwischen der Post und dem Theater abspielten, das von Rotkriegen besetzt war. Die Regimentsgruppen verwandelten bei diesen Kämpfen in Halle vollkommen verworren. Die Stadt hat schwer gelitten. In den großen Geschäften sind sämtliche Geschäfte völlig ausgeplündert. Ganze Warenhäuser sind bis unter das Dach ausgeplündert. Berge von Glasplittern, Verpackungsmaterial, Flaschenzerberben und Porzellan liegen in den Straßen. Noch in der Nacht zum Montag waren die Plünderer eifrig bei der Arbeit. Die Geschäfte sind während der Ereignisse das Leben eingebüßt. Die Verluste der Regimentsgruppen sind nach der Volkszeitung sehr hoch. Ein Teil von ihnen sei desertiert. Die Volkszeitung macht für die Verletzungen und Plünderungen die Regimentsgruppen verantwortlich, die den Widerstand der Halleischen Sicherheitswehr und der Arbeiterhaft herausgefordert hätten. General Märker habe am Sonntag abend angeboten, daß die Halleischen Sicherheitsgruppen wieder für Ruhe und Ordnung sorgen müßten.

Streiknachrichten aus Sachsen.

Aus Leipzig wird gemeldet: Wie schwerwiegend und verhängnisvoll die Behinderung der ärztlichen Tätigkeit durch den Generalkrieg ist, geht aus folgendem Schreiben der Direktion der Universitäts-Frauenklinik an den Rat hervor: Da die Krankenzimmer der Frauenklinik wegen Kohlenmangels nicht mehr beheizt werden können, infolge dessen auch keine Operationen ausführbar sind und außerdem zu befürchten steht, daß die Nahrungsmittelzufuhr immer knapper wird, ist die untergeordnete Direktion zu ihrem Bedauern genötigt, alle Kranken, die nicht längerer sind und bei denen ein Nachteil für ihre Gesundheit nicht zu befürchten steht, soweit sie in Leipzig und Umgebung wohnen, in häusliche Pflege zu entlassen. Neuaufnahmen aber nur dann zu gestatten, wenn es sich um Personen handelt, deren Zustand mit Lebensgefahr verbunden ist. Operationen, insbesondere Bauchschnitte können wir nicht ausführen, weil die Abführung der Peritonäalflüssigkeit zum Tode führt. Sollte bis zum 4. März keine Kohlenzufuhr erfolgen, so muß der ganze Betrieb der Klinik geschlossen werden, da weder geheizt, noch gewaschen werden kann. Es ist unermesslich und selbstverständlich, daß bei Geburten viele Wäse blutig und schmutzig wird. Wenn nur zwei Tage nicht gewaschen werden kann, ist die reine Wäse aufgebraucht, was zur Schließung des Betriebes zwingt. Denn wir können durchblutete oder schmutzige Wäse nicht wieder ausdrücken. Wir bitten dringend darum, unserer Anhalt Kohlen zukommen zu lassen, selbst unter Zurückstellung anderer Bedürfnisse, damit der behauerliche und ärgerliche Notstand, der durch den Kohlenmangel einzutreten droht, von uns abgewandt werde. — Der Arbeitsauschuss der arbeitswilligen Eisenbahner läßt ein Flugblatt verteilen, in dem die arbeitswilligen Eisenbahner die Wiederaufnahme des gesamten Eisenbahnverkehrs fordern. In dem Flugblatt heißt es u. a.: Die Verhandlungen der arbeitswilligen Eisenbahner mit der Streikleitung der Eisenbahner haben ergeben, daß die Streikleitung nur die Beförderung von Lebensmitteln anlassen will und die Beförderung von Kohle und anderen Gütern sowie von Personen ablehnt. Die Streikleitung hat erklärt, keinerlei Zugehändnisse machen zu können, die geeignet sein würden, den Erfolg des Generalkriegs in Frage zu stellen. Die arbeitswilligen Eisenbahner erklären, daß sie einer kleinen Gruppe zur Erreichung politi-

scher Ziele nicht dienen dürfen, sondern ihre Tätigkeit für das Wohl der Allgemeinheit ausüben müssen und deshalb bereit sind, den vollen Eisenbahndienst jederzeit wieder aufzunehmen.

Wie aus Burzen gemeldet wird, ist dort der Streik ausgedehnt. Das Elektrizitätswerk liegt still. Die Bürgerwehr plant einen Gegenstreik. Die Eisenbahnen verkehren noch.

Die Chemnitzer Straßenbahnangehörigen haben in einer Versammlung beschlossen, sofort in den Ausstand einzutreten, weil ihre Forderungen nach Lohnverhöhung und anderer Dienstleistungen von der Direktion nicht erfüllt wurden. Der Straßenbahnverkehr ruht.

Die Textilarbeiter haben in Weiskirchen die Arbeit niedergelegt. Die Ursache sind Lohnforderungen. Sie verlangen einen Mindestlohnplan.

Eine von mehreren Tausend Bergarbeitern besuchte Versammlung in Weiskirchen hatte auf Grund der Kundgebung der Reichsregierung beschlossen, den Streik zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen. Demzufolge ist die Arbeit in allen Gruben und Bergwerken wieder begonnen worden. Der Streik im Meuselwitzer Bezirk ist vollständig ruhig verlaufen.

In einer Sitzung des Großen Leipziger A- und S-Rates wurde beschlossen, daß die unabhängigen Abgeordneten der sächsischen Volkskammer in Mittel- und Ostdeutschland zu wirken haben, daß dort auch in den Generalkrieg getreten und daß in Sachsen die Rotenpublik ausgezufen werde. Die Landwirte in Pankitz bei Leipzig haben beschlossen, als Protest gegen den Generalkrieg die Arbeiter selbst in den Streik einzutreten. Es sollen feierliche Mahnungsmittel mehr nach Leipzig gesteuert werden.

Auch im Ilauenschen Grunde bei Dresden ist es zu einem allgemeinen Streik der Fabrik- und Bergarbeiter gekommen. Es bildete sich in den gestrigen Vormittagsstunden ein Demonstrationzug, der von Fabrik zu Fabrik marschierte und die Arbeiter zur Einheitsfront der Arbeit aufforderte. Viele Arbeiter leisteten dieser Aufforderung nur nach Androhung von Gewalt Folge. Einzelne Fabriken wurden besetzt. Spartakisten haben das Elektrizitätswerk und das Gaswerk besetzt. Die Zeitung „Mittelpunkt“ in Postkapell wurde am Erscheinung verhindert.

Ueber die Aussichten auf Vereinigung beim Fortführung der Streiks wird von einem Mitglied der Sächsischen Regierung mitgeteilt, daß man auch in sächsischen Regierungskreisen die Ansicht von Reichswehrminister Roste teile, der ein Abflauen der Streiks für die nächsten Tage erwarte. Positive Aussagen hierüber im Augenblick zu machen, sei auch für Sachsen im Anbetracht des unruhigen Zustandes unmöglich, aber es werde angenommen, daß die Leute nach einigen Streiktagen zu der Ansicht kommen würden, daß sie sich doch selbst am meisten schädigen. Ueber die Frage der Inszenierung von Bürgerkriegs aufruf hat das betreffende Mitglied der Regierung dahin, daß ein solcher Streik noch eine unprobierte, aber sehr bedeutende Sache sei. Verhandlich sei es, daß unter den Bürgerlichen über das Vorgehen der Arbeiterschaft Erregung herrsche und diese Kreise Gegenstreiks veranlassen. Ob dadurch das Unheil vergrößert oder verkleinert werde, bleibt zweifelhaft.

Gewalttätige Lage

im Industriegebiet an der sächsischen Grenze.
Wie der „Telegraphen-Union“ berichtet wird, ist die Lage im preussischen Industriegebiet an der sächsischen Grenze gegenwärtig zwar noch ruhig, kann jedoch als sehr gespannt bezeichnet werden.

Belagerungszustand über Berlin.

Um die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins vor den terroristischen Anschlägen einer Winderheit zu schützen und vor Hungersnot zu bewahren, hat das preussische Staatsministerium für den Landespolizeibezirk Berlin, für Spandau, Teltow und Nieder-Barnim den Belagerungszustand erklärt. Die vollziehende Gewalt geht auf den Oberbefehlshaber in den Marken Reichswehrminister Roste über, der in Ausführung des Belagerungszustandes besondere Verordnungen erläßt sowie an die Bevölkerung eine Warnung vor Verbrechen und Ausschreitungen mit dem Hinweis auf die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte richtet.

In der Volksversammlung der Groß-Berliner Arbeiter kam es zu heftigen Stürmungen. Als dem Vorsitzenden des Zentralrates Cohen das Wort erteilt wurde, erhoben die Kommunisten und Unabhängigen Einspruch mit der

Pachtland am Gemeindegewässerwerk Gröba.

Das von uns parzellenweise am Gemeindegewässerwerk verpachtete Land darf, wie wir hiermit erneut ausdrücklich bekanntgeben, weder mit dem Pflug noch mit der Egge bearbeitet werden, damit eine Beschädigung der angepflanzten Obstbäume vermieden wird. Pachtverhältnisse geändert.
Weiter weisen wir hierbei daraufhin, daß in einer Entfernung von 1/2 Meter vom Stamm der in diesem Gemeindegewässerwerk angepflanzten Obstbäume jede Bearbeitung und Bestellung zu unterbleiben hat. Der Boden darf um die Obstbäume nur leicht gelockert werden.
Gröba (Elbe), am 3. März 1919.
Der Gemeindevorstand.

Die Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützung

findet infolge Meinigung der Geschäftsräume diese Woche Donnerstag, den 6. März 1919, vorm. 8-11 Uhr im hiesigen Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, statt.
Gröba (Elbe), am 4. März 1919.
Der Gemeindevorstand.

Donnerstag, den 6. März 1919, vormittag 9 Uhr werden im Radenlanger Zeitbau ältere Geräte, Altmaterial wie Blei, Eisen, Kupfer, Messing, Rotguth, Zink usw., selbstgefertigte hölzerne Geräte wie Bänke, Schränke, Tische, ferner transportable Kochkessel, Kochlöten, Fahrzeuge und Statuen sowie Krappensäckel, Lattierbäume, Weblechtafen usw., versteigert.
Die Bedingungen liegen hier aus. Garnisonverwaltung Tr.-Pl. Zeitbau.

Begründung, daß er auf dem Arbeiterrate nichts zu suchen habe. Als ihm die Mehrheit trotzdem das Wort erteilte, verließen sie unter großem Lärm den Saal. Es erschien eine größere Anzahl von Deputierten auf der Volksversammlung, die erklärten, daß man sich in den Betrieben der Metallindustrie sowie in den Eisenbahnwerkstätten mit großer Mehrheit für den Generalkrieg erklärt habe. Die Volksversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins beschloß mit großer Mehrheit die sofortige Proklamierung des Generalkriegs. — Der Spartakusbund fordert in einem Aufruf in der „Roten Fahne“ zum Generalkrieg auf. Am Schlusse des Aufrufes heißt es: Nieher mit Ebert, Scheidemann, Roste. Nieher die Nationalversammlung. Alle Macht den Arbeiterräten! Laßt euch nicht wieder einwickeln, wenn wieder neue Mittelsmänner kommen und mit dem Ebert-Scheidemann verhandeln und eine neue Entschlebung aufsetzen. Von den Ebert-Scheidemann laßt euch nicht wieder in den Arm fallen, von keinem, heiße er wie er wolle, heiße er sich auch ein Unabhängiger. Denn was wir jetzt fordern, darf euch nicht versprochen werden, es muß gefordert werden. — Der Vorstand des sozialdemokratischen Arbeiterrates veröffentlicht im „Vorwärts“ einen Aufruf, in dem die gesamte Arbeiterschaft gebeten wird, im Falle eines Generalkriegs den Grundgedanken der Neutralität zu bewahren und nach wie vor jedem Hilfsbedürftigen, gleichviel welcher Parteilichung, ärztliche Hilfe zu gewähren.

Am Nachmittag kürzten Spartakisten im Norden Berlins einige Polizeirevier und überfielen hier sowie im Zentrum mehrere Patrouillen. Gleich zu Beginn der Kämpfe wurde ein Polizist erschossen. Eine große Truppenmenge ist in Berlin zusammengezogen. Reichswehrminister Roste ist aus Weimar in Berlin eingetroffen. Die kreisenden Arbeiter erheben die Forderung nach sofortiger Beilegung der Regierung, Einführung des Rätekriegs und augenblickliche Sozialisierung. Der Streik soll solange fortgesetzt werden, bis diese Forderungen restlos erfüllt sind. Die unabhängigen Sozialdemokraten haben eine Erklärung erlassen, daß sie sich unbedingt an dem Streik beteiligen wollen. Der Streik in den Zeitungsdruckereien von Roste, Scherl, Ullstein und Bürgerstein dauert fort; auch die Kreuzzeitung erscheint noch nicht wieder. Der Bürgerrat Groß-Berlins hat beschlossen, bei einem Generalkrieg der Arbeiter in einen Gegenstreik einzutreten. Die Anhänger der Mehrheitssozialisten unter der Arbeiterschaft Groß-Berlins ist unter allen Umständen gegen den Generalkrieg.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Kassel: In Bad Wildungen ist eine Schar Spartakisten in 20 Panzerautos aus dem Westfälischen eingetroffen. Sie sollen sich angeblich auf der Reise über Marburg nach der Gegend von Frankfurt a. M. befinden.

Auf dem Parteitag der unabhängigen Sozialdemokraten teilte Daase mit, daß der Präsident des Freistaates Oldenburg, Kubnt, verhaftet worden sei, angeblich auf Veranlassung Rostes. Kubnt sei nach Bremen und von dort nach Berlin befördert worden. Ferner sei der Vorsitzende des Soldatenrats in Münster, Gerber, und das Mitglied der Nationalversammlung Adhnen in Halle verhaftet worden. Auf Antrag Daases beschloß der Parteitag, wegen dieser Verhaftungen ein Protesttelegramm an die Regierung in Weimar zu senden.

Die Arbeiterunruhen im Oberelsaß.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß seit Anfang der vorigen Woche im Ober-Elfaß schwere Arbeiterkämpfe eingeleitet haben. Die Forderungen der Arbeiter wurden als unannehmbar bezeichnet und militärische Verstärkungen herangezogen. In Mühlhausen streikten allein 15000 bis 20000 Arbeiter, im oberelsässischen Kohlenbezirk 6000. Auch die Metallarbeiter haben einen Streik angedroht, falls ihre Forderungen auf Lohnverhöhung und achtstündige Arbeitszeit nicht bewilligt werden. Der Generalkrieg dürfte im Ober-Elfaß unmittelbar bevorstehen. Die Auskünde sind auch eine Folge der unerhört hohen Lebensmittelpreise.

Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 4. März 1919.

* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 7 Uhr ab im Realprogymnasium abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Als Vertreter des Rats wohnte Herr Bürgermeister Dr. Scheider der Sitzung bei. Das Kollegium war vollständig anwesend. Auch